



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Daniela Schneeberger, FDP: Was bringt die Lohnmeldepflicht?**

Autor/in: [Daniela Schneeberger](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 20. Mai 2010

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Per 1. Januar 2006 wurde gemäss Änderung unseres Steuergesetzes die Lohnmeldepflicht für Arbeitgeber eingeführt. Das heisst ab Steuerjahr 2006 sind die Baselbieter Arbeitgeber verpflichtet jeweils eine Kopie des Lohnausweises direkt der kantonalen Steuerverwaltung zuzustellen.

Diese Lohnmeldepflicht wurde vom Landrat im Rahmen des GAP-Entlastungspaketes beschlossen. Laut Regierung sollen mit dieser Massnahme eine bessere Erfassung der steuerpflichtigen Einkommen und eine wirksamere Bekämpfung der Steuerhinterziehung möglich sein. Laut Erwartungshaltung der Regierung soll dieses Lohnmeldeverfahren dem Kanton und den Gemeinden rund 20 Millionen mehr Steuereinnahmen bringen.

Mittlerweile liegen die Erfahrungen und Ergebnisse mindestens von drei Steuerjahren (2006, 2007 und 2008) vor. Allenfalls liegen auch schon Daten per 2009 vor. Es sollte also möglich sein, eine erhärtete Zwischenbilanz zu ziehen.

Ich bitte daher den Regierungsrat um die schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie sieht die Beurteilung dieser Massnahme aus heutiger Sicht aus?
2. In welchem Ausmass kommen die Arbeitgeber dieser Lohnmeldepflicht nach? Bestehen konkrete Kontrollmöglichkeiten und hat der Kanton überhaupt Kenntnis von **allen** Arbeitgebenden im Baselbiet?
3. Welche Sanktionen gegenüber fehlbaren Arbeitgebenden stehen der Verwaltung zur Verfügung? Wurden solche schon ergriffen?
4. Wie hat sich diese Massnahme in der Steuerverwaltung personell ausgewirkt? Wie viele Mitarbeiter mussten mit welcher wiederkehrenden Kostenfolge zusätzlich eingestellt werden? Gibt es weitere Mehrkosten, die aus diesem Lohnmeldeverfahren resultieren und wie hoch fallen diese jährlich aus.
5. Wie viele Steuer-Mehrerträge konnten dank dieses Lohnmeldeverfahrens im Vergleich zu früheren Steuerperioden generiert werden - gesamthaft, aufgeteilt auf den Kanton einerseits und die Gemeinden andererseits? Konnte das einmal formulierte Ziel der rund 20 Millionen Franken erreicht werden?

Ich danke dem Regierungsrat für die schriftliche Beantwortung.